



Silvia Gingold, Lehrerin im Ruhestand, in den 70er Jahren mit Berufsverbot belegt, wehrt sich gegen ihre langjährige Überwachung durch den „Verfassungsschutz“. Dieser stuft ihre antifaschistischen Aktivitäten in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und ihr friedenspolitisches Engagement als „linksextremistisch“ ein. Ihr werden u.a. Lesungen aus der Biographie ihres Vaters vorgeworfen, der im französischen Widerstand gegen die Nazis kämpfte. Bei der Verhandlung ihrer Klage vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden im Januar 2017 behauptet der Rechtsvertreter des „Verfassungsschutzes“ Silvia Gingold werde nicht beobachtet, jedenfalls nicht „mit nachrichtendienstlichen Mitteln“. Beobachtet würden allerdings extremistische Organisationen, bei deren Veranstaltungen sie auftrete und deshalb gäbe es auch eine Akte über sie. Genannt werden u.a. die DKP oder die von ihrem Vater Peter Gingold mitgegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Akteneinsicht gibt es nur für einen Bruchteil der Akte. Dort findet sich u.a. eine Rede, die Silvia Gingold beim Ostermarsch gehalten hat, aber auch Ausschnitte aus ihrem e-mail-Verkehr. Der hessischen „Verfassungsschutz“ verweigert die Herausgabe und Löschung der über sie gesammelten „Informationen“ mit der Begründung des „Quellenschutzes“ sprich des Schutzes seiner V-Leute. Auch dagegen klagt sie. Beide Klagen fallen in die Zuständigkeit des Verwaltungsgericht Kassel, wo am 19. September die erste Verhandlung stattfand.

Der Bundesvorstand hat an Silvia Gingold geschrieben und ihr die Solidarität des Frauenverbands Courage zugesagt . Hier der [Brief im Wortlaut](#) :

Liebe Silvia,

wir vom Frauenverband Courage stehen an deiner Seite im wichtigen Kampf gegen den sogenannten „Verfassungsschutz“, der dich seit inzwischen Jahrzehnten drangsaliert, dich deiner Persönlichkeitsrechte beraubt und noch nicht bereit ist, seine gesammelten Erkenntnisse über dich zu löschen.

Wir sind einig mit dir, dass hier eine Behörde verdeckt agiert, die ihre eigene faschistische Vergangenheit nie aufgearbeitet hat, tief in den Sumpf der NSU-Morde verstrickt ist und im Auftrag des Antikommunismus agiert.

Unser Frauenverband ist stolz darauf, überparteilich zu sein, außer Faschistinnen und religiösen Fundamentalistinnen schließen wir niemand aus. Und genau das ist der Grund auch

bei uns, warum wir vom Verfassungsschutz beobachtet werden. In unserem Verband arbeiten Marxistinnen-Leninistinnen genauso gleichberechtigt mit allen anderen zusammen und wir nehmen uns das demokratische Recht heraus, selbst zu entscheiden, mit wem wir in welchen Fragen zusammenarbeiten. Der „Verfassungsschutz“ hat uns bescheinigt, dass wir selbst nicht verfassungsfeindlich seien, aber unsere Mitgliedsfrauen teilweise in der MLPD sind – und dass ist, wie bei der VVN Bayern und Mitgliedern der DKP, ein Grund, uns zu diskreditieren, uns über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zu drangsalieren und uns zu schaden.

Bei einem öffentlichen Tribunal im Mai diesen Jahres deckten wir mitten in Köln verschiedene Machenschaften dieses nur sogenannten Verfassungsschutzes auf. Wir stehen, genau wie du auch, mitten in der juristischen Auseinandersetzung um den Entzug unserer Gemeinnützigkeit.

In diesen Fragen müssen wir enger zusammenarbeiten, uns gegenseitig informieren und unterstützen. Geheimdienste sind in der Bevölkerung wenig angesehen, sie nehmen als Vorwand immer wieder die sogenannte „Terrorismusbekämpfung“, um bei den Leuten anzukommen. Dabei sind sie es, die NSU-Terroristen ausstatteten, die den Berlin-Attentäter Anis Amri durch die Gegend kutschierten, nur um Gesetze zu verschärfen. Dass es dabei zu unzähligen unschuldigen Opfern kommt, ist ihnen egal.

In einer unserer nächsten Courage-Zeitungen würden wir gerne über deinen Fall berichten bzw. ein Interview mit dir abdrucken.

In diesem Sinne grüßen wir dich ganz herzlich und wünschen dir viel Erfolg vor Gericht und bei allen anderen Aktivitäten. Und wir freuen uns auf eine Antwort von dir.

Brigitte Ziegler und Seyran Cenan
Bundesvorstand Frauenverband Courage

Pensionierte Lehrerin klagt gegen Beobachtung

Bespitzelt seit dem 17. Lebensjahr

Antifaschistin Silvia Gingold kämpft gegen ihre Beobachtung durch den hessischen Verfassungsschutz

VON CHRISTINA MEIN

MELSUNGEN/KASSEL. „Ich will, dass das aufhört und als rechtswidrig anerkannt wird.“ Die 70-jährige pensionierte Lehrerin Silvia Gingold kämpft vor Gericht gegen ihre jahrzehntelange Beobachtung durch den hessischen Verfassungsschutz.

Vorgehalten werden der Tochter der kommunistischen Widerstandskämpferin und NS-Gegnerin Ettie und Peter Gingold aus Frankfurt ihr politisches Engagement in der Friedensbewegung ebenso wie Auftritte bei Veranstaltungen der DKP, Gewerkschaften und antifaschistischen Gruppen. Vor allem die von ihrem Vater gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ steht beim Verfassungsschutz als „linksextremistisch beeinflusst“ unter besonderer Beobachtung – und mit ihr Silvia Gingold.

Im Visier der Verfassungsschützer sind die Lesungen Gingolds aus der Autobiografie ihres Vaters. „Das ist beschämend“, sagt sie. Die Eltern waren als jüdische Kommunisten von den Nationalsozialisten verfolgt. Sie lebten seit 1933 in Frankreich, wo sie sich im Widerstand gegen Hitler engagierten. Zwei Geschwister Peter Gingolds sind in Auschwitz ermordet worden. Nach dem Krieg erhielten Ettie und Peter Gingold in Frankreich für ihren Kampf in der Résistance hohe Auszeichnungen. Dagegen schlug ihnen in Deutschland, wohin die Familie nach dem Krieg zurückgekehrt war und wo sie sich weiter politisch engagierte, diffuses Misstrauen entgegen.

Jahrelang unter Beobachtung
Eine Leidensgeschichte der besonderen Art erlebte Tochter Silvia, die junge Französin und Sozialkundlerin, als sie Anfang der 1970er Jahre aus dem Schuldienst entlassen wurde. Ihre Jahre andauernde Beobachtung durch den Verfassungsschutz sei die Grundlage dafür gewesen, dass sie als DKP-Mitglied



Wehrt sich: Silvia Gingold in ihrer Wohnung vor den Portraits ihrer Eltern Ettie Gingold und Peter Gingold.

mit einem Berufsverbot belegt wurde, sagt sie. „Es gab Zweifel an meiner Verfassungstreue. Dabei habe ich nie etwas illegales gemacht, sondern stets nach mein Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch genommen. Es ist ja nicht verboten, für eine andere Gesellschaftsform zu sein.“

Ärger im Schwalm-Eder-Kreis
Nach langem institutionellen Hin- und Her bekam Silvia Gingold 1976 doch eine Anstellung als Lehrerin an der Burgschule in Spangenberg, allerdings ohne Hoffnung, je ver-

beamtet zu werden. Am Ende ihrer Berufstätigkeit verabschiedete die Schule Gingold als beliebte und respektierte Lehrerin in den Ruhestand. Eine Gefahr war von ihr nicht ausgegangen.

Schwierige Wohnungssuche
Im Gegenteil: Es gab Anfeindungen aus dem politischen Lager. Das dokumentiert folgende Geschichte: Die Diskriminierung war indes nicht vorbei. In einem „heißeren“ Gesellschaftsspiel, das die örtliche CDU entwickelt hatte, um den Schwalm-Eder-Kreis

kennenzulernen, war unter der Etappe „Spangenberg“ zu lesen: „Kommunistische Lehrerin erzieht Kinder in der Schule. Radikale gehören nicht in den öffentlichen Dienst. Spieler schreibt Brief an Kultusminister und setzt einmal aus.“ Möglicherweise war eine Auswirkung dieser öffentlichen Diffamierung, dass es in Melsungen Hausgentilmer gab, die sich weigerten, Gingold eine Wohnung zu vermieten. Die Rentnerin zog nach Kassel, wo sie heute in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt in der Unterneustadt lebt und

sich unter anderem im Kasseler Friedensforum und im Verein Stolpersteine in Kassel engagiert.

In dem umfangreichen Dossier, das der Verfassungsschutz über Silvia Gingold angelegt hat, befinden sich Dokumente wie die von den Überwachern angefertigte CD mit einer Rede, die Gingold an der Seite des linken Politikers und heutigen Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow, gehalten hatte. Aber auch ihre Reisen sind aufgelistet, ebenso wie Protokolle von Privatgesprächen. Der Verfassungsschutz hat seine Informationen über Silvia Gingold nicht nur aus öffentlich zugänglichen Quellen gesammelt. Auch ihre privaten E-Mails wurden mitgelesen.

Bis zu ihrem 17. Lebensjahr kann Gingold ihre Bespitzelung zurückverfolgen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie in den 1970er-Jahren ins Regierungspräsidium vorgeladen worden war, um darüber informiert zu werden, was vom Verfassungsschutz gegen sie vorlag.

„Ich bin entsetzt, was für ein Aufwand betrieben wurde und wird, um mich zu überwachen“, sagt Gingold. Eigentlich sei sie ein zurückhaltender Mensch, aber kämpferisch sei sie auch. „Ich habe von meinen Eltern gelernt, dass man für seine Meinung einstehen muss.“ Sie politisch zu äußern bleibe für sie eine Selbstverständlichkeit.

ZUR PERSON

Zur Person

Silvia Gingold, 1946 in Frankfurt am Main geboren, studierte dort Französisch und Sozialkunde auf Lehramt für Sekundarstufe I; erste Anstellung in Neukirchen, Schwalm-Eder-Kreis, ab 1976 angestellte Lehrerin in Spangenberg bis zur Pensionierung 2008. Umzug von Melsungen nach Kassel. Mutter von zwei erwachsenen Söhnen. Sie war verheiratet mit dem linken Kristalltagsgeordneten Jochen Böhme-Gingold. (chr)

Das Thema

Heute vor 45 Jahren wurde der so genannte Radikalerlass beschlossen. Er bedeutete Berufsverbot für Staatsbedienstete unter anderem auch für Menschen, die sich in antifaschistischen Gruppen engagierten. Eine Betroffene ist Silvia Gingold, die ihr Referendariat in Neukirchen absolvierte, viele Jahre Lehrerin in Spangenberg war und in Melsungen lebte.

Das sagt ein Kollege

„Als Mensch ist sie die Güte selbst“

Gert Hirschhain verbindet mit Silvia Gingold ein gemeinsames Berufsleben und eine Freundschaft. „Sie war 1977 die erste Person, die ich in Spangenberg an der Schule auf der Suche nach dem Sekretariat angesprochen habe“, erinnert sich der 68-jährige Lehrer, der in Döhrnhagen lebt. „Wir wussten im Kollegium eigentlich alle von der Überwachung durch den Verfassungsschutz. Das hat für uns aber überhaupt keine Rolle gespielt.“ Ein überhaupt nicht nachvollziehbarer Vorgang: „Silvia war eine hoch anerkannte Kollegin und als Mensch die Güte selbst, höflich und gebildet.“ Es habe aber eine Art rudimentärer Angst gegeben, dass ihr Unterricht durch ihre kommunistische Haltung beeinflusst wird. „Ihr Unterricht war total verfassungskonform.“ Die Widerstände des Schulleiterbeirats hätten sich dann auch bald gelegt. Silvia Gingold habe als Mensch und Pädagogin letztlich alle überzeugt, sagt Hirschhain. (ddd)



Gert Hirschhain

Das sagt ein Schulleiter

„Sie hat nicht politisch agitiert“

Detlev Wischniowski hat Silvia Gingold als „engagierte und qualifizierte Lehrerin“ kennengelernt. Der ehemalige Schulleiter der Spangenberg Burgzitzler Schule hat 24 Jahre lang mit ihr zusammengearbeitet. Er kam 1984 als Schulleiter nach Spangenberg. „Damals galt das Kollegium als rote Zelle Spangenberg“, erinnert er sich, „es war ein aufmüpfiges Kollegium mit vielen 68ern, die die Schule vorantreiben wollten.“ Aber Silvia Gingold sei an die Spangenberg Schule berufen worden, weil es dort einen Bedarf an Französischlehrern gegeben habe. In ihren ersten Jahren habe die Pädagogin keine Gesellschaftslehre unterrichten dürfen. Der Grund: „Es wurde befürchtet, dass sie die Schüler für den Klassenkampf indoktriniert.“ In den 1980er Jahren hätte sich die Situation beruhigt, „und natürlich hat Frau Gingold dann Gemeinschaftsunterricht gegeben.“ Wischniowski stellt fest: „Sie hat nicht politisch agitiert, sondern ihre Rolle als Pädagogin sehr ernst genommen.“ (cfr)



Detlev Wischniowski

Vor 45 Jahren kam der Radikalerlass

Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den Radikalerlass. Zur Abwehr von Verfassungsfeinden sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“ aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden.

Jeder Fall wurde geprüft. Die Folge: Anfragen beim Verfassungsschutz vor der Einstellung und zur Überprüfung bestehender Dienstverhältnisse. Ein Bewerber, der vermeintlich verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelte, wurde nicht eingestellt oder entlassen. Der Erlass wurde 1976 von SPD und FDP aufgekündigt. Seitdem geht jede Landesregierung eigene Wege. Von 1972 bis zur Abschaffung wurden bundesweit 3,5 Mio. Personen überprüft. 10.000 Berufsverbote wurden ausgesprochen. Die Tücken im Landtag wollen diese Fälle aufarbeiten lassen. (chr)

Kampf für Demokratie

Silvia Gingold klagt auf Löschung über sie gesammelten Daten

Silvia Gingold wehrt sich juristisch gegen ihre Beobachtung durch den hessischen Verfassungsschutz.

Ein Teil ihrer Klage ist jüngst vom Vorsitzenden Richter des Verwaltungsgerichts nach Kassel verworfen worden. Vor dem Richter verlas Gingold eine persönliche Erklärung, die hier in Auszügen wiedergegeben ist:

„Es ist jetzt mehr als 40 Jahre her, da ich schon einmal vor Gericht mein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung einklagen musste. 1975 war ich aus dem Schuldienst entlassen worden auf der Grundlage von Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, die dieses Amt seit meinem 17. Lebensjahr über mich gesammelt hatte.“

Dass ich heute – inzwischen Rentnerin – immer noch oder wieder unter Beobachtung des VS stehe und zwar ausschließlich wegen meiner antifaschistischen und friedenspolitischen Aktivitäten, empfinde ich als Skandal. (...)

Meine Einstellung zur Hessischen Landesverfassung und zum Grundgesetz ist im Wesentlichen geprägt worden durch die Erfahrungen meiner Eltern. Sie haben sich im Kampf gegen den Faschismus für jene demokratischen Grundrechte eingesetzt, die im Grundgesetz und in der hessischen Verfassung ihren Niederschlag gefunden haben. (...) Die Erfahrungen meiner Eltern setze ich dafür ein, dass sich das, was sie erlebt haben, nie wiederholt. Schließlich waren es in erster Linie die Verfolgten, Zeugen der Naziverbrechen, die Gefolterten in den Konzentrationslagern, die Wi-

derstandskämpfer, die dafür gesorgt haben, dass die Nazivergangenheit nicht in Vergessenheit geraten ist. (...)



Silvia Gingold 1975: Nach 4 Jahren als Lehrerin in Hessen entlassen

Streitbar: Silvia Gingold wehrt sich in den 1970er-Jahren gegen ihr Berufsverbot. Das Bild entstand in Kassel auf einer Demo gegen Berufsverbote.

NS-Gegner Ettie und Peter Gingold

Peter Gingold

Die Eltern von Silvia Gingold haben ähnliche Einträge im Internet-Lexikon. Der von Peter Gingold lautet: geboren am 8. März 1916 in Aschaffenburg; gestorben am 29. Oktober 2006 in Frankfurt am Main, war kommunistischer Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Der seiner Frau: Ettie Gingold, geb. Stein-Haller; geboren am 11. Februar 1913 in Czernowitz, Österreich-Ungarn; gestorben am 3. Juni 2001 in Frankfurt, war eine rumänische Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus und Kämpferin in der Résistance.

Das jüdische Paar, Eltern von zwei Töchtern, Alice und Silvia, lernte sich während der Emigration und der Widerstandarbeit gegen das Hitler-Regime in Frankreich kennen. 1936 waren sie in Paris an der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) beteiligt. Nach dem Krieg kehrten sie nach Frankfurt zurück und wurden in der KPD aktiv. Seit der Gründung der DKP 1968 war Peter Gingold Mitglied u.a. / 4

[Hessisch-Niedersächsische Allgemeine \(HNA\) vom 28.01.2017](#)